

Informationen gemäß Artikel 14 Absatz 1 und Absatz 2 DSGVO aufgrund der Erhebung von personenbezogenen Daten

Im Zusammenhang mit der Durchführung von Wahlen, Volksinitiativen oder Volksbegehren wurden Ihre personenbezogenen Daten erhoben. Bitte beachten Sie hierzu nachstehende Datenschutzhinweise:

1. Angaben zum Verantwortlichen

Verantwortlich für die Datenerhebung ist:

Bezirksregierung Münster

Domplatz 1-3
48143 Münster

Telefon 0251/411-0

E-Mail-Adresse: poststelle@brms.nrw.de

Internet-Adresse: <http://www.bezreg-muenster.de>

2. Angaben zum Vertreter des Verantwortlichen

Den oben genannten Verantwortlichen vertritt:

Die Regierungspräsidentin/Der Regierungspräsident

Domplatz 1-3
48143 Münster

Telefon 0251/411-0

E-Mail-Adresse: poststelle@brms.nrw.de

3. Angaben zum Datenschutzbeauftragten

Die Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten lauten:

Behördlicher Datenschutzbeauftragter der Bezirksregierung Münster

Domplatz 1-3
48143 Münster

Telefon 0251/411-0

E-Mail-Adresse: datenschutz@brms.nrw.de

4. Angaben zu der Aufsichtsbehörde

Zuständige Aufsichtsbehörde für den Datenschutz ist die Landesbeauftragte für
Datenschutz und Informationsfreiheit Nordrhein-Westfalen:

Kavalleriestr. 2-4
40213 Düsseldorf

Telefon: 0211/38424-0

Telefax: 0211/38424-10

Email: poststelle@ldi.nrw.de

Internet: www.ldi.nrw.de

5. Zweck/e und Rechtsgrundlage/n der Verarbeitung

Ihre personenbezogenen Daten werden erhoben, um die Durchführung von Wahlen,
Volksinitiativen und Volksbegehren vorzubereiten bzw. zu überprüfen.

Rechtsgrundlagen für die Verarbeitung Ihrer Daten sind:

- § 3 EuWO, § 3 BWO, jeweils i. V. m. § 1 VO über die Wahlorgane für die Bundestagswahlen und die Europawahlen (Bestellung von Wahlleitungen für Europa- und Bundestagswahlen)
- § 10 LWahlG i. V. m. 1 LWahlO (Bestellung von Wahlleitungen für Landtags- und Kommunalwahlen)
- §§ 5, 27 Abs. 4, 28 Abs. 7, 61 Abs. 5, 65 KWahlO i. V. m. §§ 119, 120 GO und ggf. § 57 KrO (Kommunalwahlen)
- VIVBVEG + DVO hierzu i. V. m. §§ 119, 120 GO

6. Kategorien der verarbeiteten personenbezogenen Daten

Folgende personenbezogene Daten von Ihnen werden durch die Bezirksregierung Münster, Dezernat 31 verarbeitet:

- Stammdaten wie z. B. Nachname, Name, Geburtsdatum, Anschrift, Telefonnr., E-Mail-Adresse
- ggf. Staatsangehörigkeit, Funktion, berufliche Tätigkeit
- ggf. Parteizugehörigkeit und / oder Zugehörigkeit zu kommunalen Vertretungen und / oder Gremien
- ggf. Dokumentationsdaten (z. B. Beratungsprotokolle, Verträge)
- ggf. sonstige Daten, die sich aus dem zugrundeliegenden Sachverhalt ergeben bzw. sich darauf beziehen

7. Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten (einschließlich des Zwecks der „Übermittlung“, der unter 5. bereits dargestellt ist)

Ihre personenbezogenen Daten werden zur Bearbeitung weitergegeben an die innerhalb der Behörde für die Aufgabenwahrnehmung zuständigen Mitarbeiter*innen. Informationen über Sie werden nur weitergegeben, wenn dies aufgrund gesetzlicher Bestimmungen zur gesetzlichen Aufgabenerfüllung der Aufsichtsbehörde geschieht oder Sie eingewilligt haben. Insoweit können Ihre Daten auch an andere Behörden (z. B. Kommunen, das Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung des Landes Nordrhein-Westfalen) weitergegeben werden.

8. Absicht Übermittlung an Drittland oder eine internationale Organisation

Es ist nicht beabsichtigt, Ihre personenbezogenen Daten an ein Drittland oder eine internationale Organisation zu übermitteln.

9. Dauer der Speicherung bzw. Kriterien für die Festlegung dieser Dauer

Alle behördlichen Aufzeichnungen unterliegen einer Aufbewahrungspflicht. Die Aufbewahrungsfrist richtet sich nach Ziffer 9.1 i. V. m. Ziffer 6 der Anlage 1 der Aktenordnung für den Geschäftsbereich des Ministeriums für Inneres und Kommunales des Landes NRW und beträgt somit grundsätzlich 10 Jahre. Sie beginnt mit Ablauf des Kalenderjahres, in dem die Bearbeitung des Vorgangs / der Akte vollständig abgeschlossen wurde. Nach Ablauf der Aufbewahrungs- und Speicherfristen werden die Akten dem Landesarchiv NRW angeboten. Im Falle der Nichtübernahme werden Ihre Daten gelöscht.

10. Rechte der Betroffenen

Bei Erhebung personenbezogener Daten stehen Ihnen folgende Rechte zu:

- Unter den Voraussetzungen des Art. 15 DSGVO haben Sie ein Auskunftsrecht.
- Unter den Voraussetzungen des Art. 16 DSGVO haben Sie ein Recht auf Berichtigung der Daten.
- Unter den Voraussetzungen des Art. 17 DSGVO haben Sie ein Recht auf Löschung der Daten.
- Unter den Voraussetzungen des Art. 18 DSGVO haben Sie ein Recht auf Einschränkung der Verarbeitung der Daten.
- Unter den Voraussetzungen des Art. 20 DSGVO haben Sie ein Recht auf Übertragung der Daten.
- Unter den Voraussetzungen des Art. 21 DSGVO haben Sie ein Recht auf Widerspruch

11. Beschwerderecht bei der Aufsichtsbehörde

Sie haben das Recht, bei der Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit Beschwerde einzulegen. Die Kontaktdaten finden Sie unter Punkt 4. dieses Bogens.

12. Pflicht zur Bereitstellung der personenbezogenen Daten / Widerspruchsrecht bei Wahrnehmung einer öffentlichen Aufgabe

Sie sind zur Bereitstellung Ihrer personenbezogenen Daten verpflichtet. Diese Pflicht ergibt sich aus den unter Punkt 5 genannten Rechtsgrundlagen.

Sie haben das Recht, aus Gründen die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten Widerspruch einzulegen. Ich werde Ihre Daten allerdings dennoch verarbeiten, wenn ich zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen kann, die Ihre Interessen, Rechte und Freiheiten überwiegen, oder wenn die Verarbeitung der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen dient.

13. Quelle der Daten

Ihre Daten stammen von der Kommune, auf deren Gebiet die maßgebliche Wahl oder Volksinitiative bzw. das maßgebliche Volksbegehren durchgeführt wurde/werden soll.